

— Der Reichskanzler zeigte am Freitag, daß auch in seiner Seele Temperament herrscht. Wir hielten ihn bisher für den stolischen Philosophen — nun sehen wir, daß er es nicht ist. Allerdings ging er wieder zu weit in seinen impulsiven Worten. Die diplomatische Kluge Rührung verließ ihn. Denn wenn auch der konservative Führer v. Heydebrand in der Form zu weit gegangen sein mag, so durfte der Kanzler nicht vergessen, daß Heydebrand in der Sache die Ansicht sehr vieler Deutscher ausspricht. Auch die Angriffe gegen England finden die Billigung. Bismarck hat gegen die englischen Intrigen in Sachen der deutschen Kolonialbestrebungen viel schärfere Worte gebraucht, ohne daß eine diplomatische Berwindung daraus entstanden wäre. Wenn auch Herr v. Heydebrand in seinen Angriffen zu weit ging, was wir nicht billigen können, so durfte der Reichskanzler in seiner Antwort nicht noch weiter gehen. Wie kann er behaupten, daß die Rede des Führers der Konservativen eine „Wahrheit“ war, daß keine Rede dem Parteinteresse diene, das Vaterland schädige und „Schmädhungen der eigenen Regierung“ enthalte? Das war sehr unklug gegenüber einer großen Partei, auf die sich der Reichskanzler stützen muß, will er nicht den liberalen Block um Unterstützung — angehen. Aber auch nach links hat er es durch die allerdings berechtigten Angriffe auf Wassermann gründlich verächtelt. Daß er sich mit Angriffen nach beiden Seiten das gedehliche Arbeiten erschwerte, hat der Reichskanzler nicht in Erwägung gezogen. „Die Abrechnung“, meint der „Vorwärts“, bezog sich vornehmlich auf die Stellen, denen der Kronprinz gestern seinen Beifall geschenkt hatte. Als ordinärste Wahl demagogie wurde entlarvt, was den Kronprinzen so sehr entzusehnt hatte. An dieser inbetrachten Zurückweisung der Kronprinzlichen Politik lag es Herrn v. Bethmann-Hollweg am meisten.“ Vielleicht wollte der Reichskanzler auch zeigen, daß seine Stellung beim Kaiser nicht erschüttert ist. Dafür hat er seine Stellung bei den nationalen Parteien erschüttert. Die „Deutsche Tageszeitung“ meint:

„Wie konnte der Herr Reichskanzler die politischen Werte übersehen, die in der Erklärung des konservativen Führers lagen, um des Vaterlandes willen ein finanzielles Opfer zu bringen, das die Möglichkeit zeigte, über den schweren, unser ganzes Volk zeretzenden Parteihader hinweg das gesamte deutsche Bürgertum um ein großes nationales Ziel zu vereinen? Wie denkt sich der Herr Reichskanzler überhaupt die weitere Entwicklung unserer politischen Lage, die nach Besinnung schreit, wenn er die verheißungsvollen Ansätze positiver nationaler Politik, die der erste Tag der Marokkodebatte brachte, derartig behandelt?“

Nach der sanften Rückzugsantwort von Heydebrand sind die gestellten Fragen schon beantwortet.

— Das Weißbuch über Marokko, dessen Eingang der Reichstagspräsident am Sonnabend mitteilte, ist ein „Buch“ von zweieinhalb Seiten und enthält im ganzen zwei Nummern. Es werden darin zwei Rotenwechsel zwischen Ribeyrou und Cambon, in denen noch einige Punkte freigelegt worden sind, mitgeteilt.

— Ueber die Gründe, weshalb Katholiken vielfach von der Kirche abfallen, gibt folgende kurze Zeitungsnote bemerkenswerten Aufschluß:

Schönwald, Oberfranken, 7. November. Am Reformationsfeste wurden dabei wieder unter großer Beteiligung der Gemeinde sechs von der katholischen Kirche übergetretene Personen in feierlicher Weise in die evangelische Kirchengemeinschaft aufgenommen. Der Verlust für die hiesige 1000 Seelen zählende katholische Gemeinde beläuft sich im Laufe dieses Jahres nimmere mit den Kindern auf 40 Seelen (25 Erwachsene). Es handelt sich übrigens meist um Personen, die bereits in gemildeter Ehe lebten oder eine solche zu schließen beabsichtigen.

So mancher liberalist!

Die Brücherei im österreichischen Abgeordnetenhaus. Der Abgeordnete Hummer zog den Verzicht auf sein Mandat zurück und schickte dem Abgeordneten Tros keine Zeugen, weil dieser als Urheber der Mittelnungen bezeichnet wurde, die den Zusammenbruch zwischen Hummer und Malik veranlaßt haben.

Rom. — In der Ansprache, die der Papst im Konsistorium halten wird, findet sich, wie uns von vertrauenswürdigster Seite mitgeteilt wird, ein Passus, der sich mit dem Kongress der internationalen Freimaurerei in Rom befaßt und energischen Protest dagegen erhebt. Es hatte geheißen, der Papst werde eine eigene Kundgebung gegen diese im September stattgehabte Versammlung der Logenbesitzerinnen am Sitz des päpstlichen Stuhles erlassen, es wurde dann aber die Form des Protestes in der Ansprache des Konsistoriums gewählt.

Schweiz. — Nach dem Ausfalle der Stichwahlen wird sich der neue Nationalrat zusammensetzen aus 118 Freisinnigen, 37 Katholisch-Konservativen, 15 Sozialdemokraten, 12 Mitgliedern des konservativ-protestantischen Zentrums und 7 Mitgliedern der sozialpolitischen Gruppe.

Spanien. — Ein Interview mit einem hohen Diplomaten über Marokko veröffentlicht die „Correspondencia d'España“ Der Diplomat ist der Meinung, der Schutz der Fremden falle derjenigen Macht zu, der die Polizeistruktur angehöre. In Tetuan und Larraoch gebühre der Schutz Spanien, in Casablanca Spanien und Frankreich gemeinsam. Ueberdies habe Spanien vom ersten Augenblicke an vorgeesehen, daß es in Larraoch zu intervenieren habe, und habe Frankreich hiervon Mitteilung gemacht, die keinen Zweifel zulasse. Im Juni protestierte der französische Gesandte gegen die Entsendung spanischer Schiffe nach Larraoch, und nach der trotzdem erfolgten Landung von neuem am 9. und 13. Juni. Spanien erklärte, sich in den Grenzen seiner Rechte gehalten zu haben. Der Diplomat bemerkte, man habe ein Gemisch in Elkar befürchten können. Spanien hätte dann ohne eine Intervention die Verantwortung vor Europa getragen. Er weise nicht, daß Frankreich und Spanien zu einer Lösung kommen würden, die den Rechten und Interessen beider entspreche.

— Nach dem Ergebnisse der Wahlen wird der neue Municipalrat aus 29 Monarchisten und 22 Republikanern bestehen gegen 25 Monarchisten und 25 Republikanern im alten Räte. Die Monarchisten haben in Valencia gesiegt.

— Der serbische König Peter ist am Sonntagabend mit großem Gefolge, darunter auch der Minister des Aeußeren, Dr. Milovanovitch, nach Paris abgereist.

China. — Die Revolution. Das Neuterische Bureau meldet aus Nanking von gestern: Die Kaiserlichen haben gegenwärtig in Nanking die Oberhand gewonnen und sind wieder einmal im Besitze der Stellen, die sie verloren hatten. Der Erfolg der Kaiserlichen ist teils der Entmutigung der Aufständischen wegen des Mangels an Munition, teils der Furcht, die das von den Wandschu unter den Einwohnern angerichtete Gemisch allgemein eingestößt hat, zuzuschreiben. Juanshikai hat nach einem abermaligen Telegrammwechsel mit der Regierung eingewilligt, zur Besprechung der Lage hierher zu kommen, lehnte aber den Vorstoß im Ministerrate nach wie vor ab.

Aus den deutschen Kolonien. — Künstliche Unruhen in Deutsch-Ostafrika. Man schreibt uns: Darassalam, Ende Oktober 1911. Sie werden ja aus den hiesigen Zeitungen ersehen haben, daß vor einiger Zeit aus dem seit langem berückichtigten Sultanat Urundi, an der Nordspitze des Tanganjasees sich hinziehend, der Ausbruch von lokalen Unruhen gemeldet worden ist. Seitens des Gouvernements wurde die in Niambura stationierte Residentur Urundi ermächtigt, die nötigen Maßnahmen zu treffen. Auf diese Nachrichten wies der Bericht des durchziehenden Schriftstellers Emil Zimmermann, veröffentlicht in der S.-O.-A. Rundschau vom 6. Sept. 1911, ein eigenartliches Schlaglicht; denn er behauptete, was durch Zuschriften verschiedener Missionare bestätigt worden ist, daß in jenen Gegenden gar keine Unruhen zu befürchten seien, daß vielmehr von gewisser Seite solche gewünscht würden, um nach so langer (!) Friedenszeit wieder einmal Gelegenheit zu haben, sich kriegerisch zu betätigen. So hatte ein Akt, der nachher als schlaftrant bezeichnet wurde, einige Wochen auf eigene Faust Krieg geführt und die Eingeborenen stark gerigt. Die Folge war ein Ueberfall auf eine Karawane. Dies ist die Vorgeschichte. Jetzt kommt aus einmal, wie ein Blitz aus heiterem Himmel, die Nachricht, daß die Operationen gegen die Aufständigen (!) beendet sind und daß dieselben große Opfer an Menschenleben erforderten. Damit aber nicht genug. Gleichzeitig trifft aus derselben Gegend die Nachricht ein, daß die Hüftenfeuer trotz des ausdrücklichen Verbotes seitens des Gouverneurs in jenen Bezirken erhöht worden ist und insolge dessen wiederum Unruhen ausgebrochen sind. Infolge eines telegraphischen Befehls des Gouverneurs mußten natürlich alle Maßnahmen der Residentur rückgängig gemacht werden, was denn auch geschehen ist. So weit ist es also hier in Deutsch Ostafrika gekommen, daß die Militärpartei sich offen gegen den Gouverneur auflehnt, man kann wohl keinen andern Ausdruck dafür finden. Und das alles nur, weil ja ganz einfach der Befehl des Leiblattes des Kommandeurs der Schutztruppe eine empfindliche Geldstrafe erlitt und ausgewiesen wurde. Daß ein solcher nicht länger an der Spitze einer sonst vollkommen zuverlässigen und sehr braven Truppe, deren übrige Führer absolut von solchem Tun nichts wissen wollen, bleiben kann, liegt wohl auf der Hand. Die meisten dem Gouverneur Feind v. Rechenberg gemachten Schwierigkeiten dürften, das stellen hier die Spagen von den Dähern, auf jene Clique zurückzuführen sein, als deren Haupt der frühere Pastor und dessen treibendes Moment, der Kommandeur, bezeichnet werden. Hier sind alle verständigen Leute einig, daß ein besserer Gouverneur nicht kommen kann. Feind v. Rechenberg, dessen Behauptung unter solchen Umständen natürlich schweren Schaden genommen hat, ist einer der besten Kenner der Eingeborenen und kennt das Land von oben bis unten ausgezehnet.

Zur Wahlbewegung.

Der Zentrumswahlverein für das Königreich Sachsen hielt am Sonntagabend 7 Uhr im Kulmbacher Hof (Schloßstraße), unter dem Vorsitze des Herrn E. Janisch, eine vollständig besuchte Sitzung des Vorstandes und der Vertrauensmänner ab. Es wurde über die Organisation im Lande Bericht erstattet und die Bildung von neuen Ortsgruppen warm begrüßt. Verschiedene Anfragen wegen der Stellung der Zentrumswähler in einzelnen Wahlkreisen zu bestimmten rechtsstehenden Kandidaten fanden eine gründliche Beratung und Formulierung der Richtlinien, welche den Gesinnungsgenossen in den Wahlkreisen zur Darnachachtung empfohlen wurden. Mit großer Freude wurde die Mitteilung begrüßt, daß in der am Dienstag, den 21. Nov., im Reichstagspalast (Schloßstraße 45), stattfindenden öffentlichen Versammlung des Zentrumswahlvereines Herr Reichstagsabgeordneter W. Erberger einen Vortrag halten wird. Außerdem wird an diesem Abende der Sekretär des Zentrums-Reichsverbandes, Herr Dr. Abel-Berlin, sprechen. Es wurde weiter der Beschluß gefaßt, vorläufig regelmäßig alle 14 Tage eine Sitzung des Vorstandes und der Vertrauensmänner abzuhalten. Erst gegen Mitternacht wurde die arbeitsreiche Sitzung geschlossen.

Aus Stadt und Land.

Dresden, den 18. November 1911. — Seine Majestät der König besuchte gestern vormittag den Gottesdienst in der katholischen Hofkirche, erteilte von 12 Uhr an eine größere Anzahl Audienzen im Refektorium und nahm 1/1 Uhr an der Familientafel bei Ihrer Königlichen Hoheit Prinzessin Mathilde teil. Der Monarch begibt sich am 14. November früh zur Jagd nach Lhalwitz und tritt von dort am Abende die Reise zum Jagdaufenthalte nach Laxois an, von wo er am 1. Dezember nach Dresden zurückkehren gedenkt.

— Konferenz im Kultusministerium über die Volksschulreform. Anlässlich der Beratung der Volksschulreformanträge war die Staatsregierung seinerzeit von der Zweiten Kammer ersucht worden, „bei der Vorbereitung des Geset-

entwurfes . . . sich des Beirates solcher Personen zu bedienen, welche vermöge ihrer Erfahrungen und Berufstätigkeit besondere Sachkenntnis besitzen“. Das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts hat nun an zwei Tagen der vergangenen Woche zugleich in Erfüllung dieses Wunsches die Neuordnung des sächsischen Volksschulwesens zum Gegenstande der Beratung in einer Konferenz gemacht. Eingeladen waren mehrere Amtshauptleute, mehrere Oberbürgermeister großer, mittlerer und kleiner Städte, Gemeindevorstände, mehrere Bezirkschulinspektoren, je ein Vertreter der Geistlichen, Seminardirektoren, Bezirksärzte und Schulärzte, eine größere Anzahl von Schuldirektoren und Lehrern, sowie eine Lehrerin, zumeist Vorsitzende der hauptächlich in Frage kommenden Fachgruppen, ferner Vorsitzende und Mitglieder von Schulausschüssen und Schulvorständen, endlich eine Anzahl von Vertretern des Elternhauses, die sämtlich von Amtshauptmannschaften und Stadträten dem Ministerium benannt waren. Im ganzen hatten sich 41 Teilnehmer eingefunden, denen der vorläufige Gesetzentwurf vorher mitgeteilt worden war. Die Beratung wurde durch eine Ansprache des Herrn Staatsministers Dr. Beck eingeleitet, in der er unter Hinweis auf die wichtigen Aufgaben der Versammlung der Hoffnung Ausdruck gab, daß der freie Austausch der Ansichten zwischen den Vertretern der an der Volksschule beteiligten verschiedenen Gruppen der Bevölkerung aus allen Teilen des Landes zu tunlichster Klärung der Ansichten und zur Förderung des Zustandekommens dieses für unser Land so überaus bedeutungsvollen Gesetzgebungswerkes dienen möge. An der Aussprache am 10. und 11. November beteiligten sich fast alle Teilnehmer. Nach Beendigung der Beratungen nahm der Herr Staatsminister Veranlassung, der Benützung darüber Ausdruck zu geben, daß nahezu sämtliche wichtigen Bestimmungen des Entwurfes von grundsätzlicher Bedeutung fast durchgängig die große Mehrheit der Versammlung gefunden hätten und daß die Beratung überdies wertvolle Anregungen gefördert habe, deren erneute Erwägung erfolgen werde. Am Schlusse der Sitzung wurde noch von Herrn Oberbürgermeister Behrman Rat Dr. Beutler dem Herrn Minister für die Einberufung der Konferenz der Dank der Versammlung und nochmals die Hoffnung ausgesprochen, daß der Meinungsaustrausch die wünschenswerten Verständigungen über die Volksschulreform gefördert und das Zustandekommen des Gesetzes erfolgreich vorbereitet haben möge.

— Das Submissionsamt in Königreich Sachsen hat eine Verfügung der königlichen Generaldirektion der Sächsischen Staatsbahnen erlassen, wonach den sämtlichen sächsischen Eisenbahnbahnen aus gegeben wird, künftig bei öffentlichen Ausschreibungen die von den Bewerbern für die Ausschreibungsunterlagen zu hinterlegenden Geldbeträge, sofern die Einreichung eines vollständigen Angebotes rechtzeitig erfolgt ist, unter Abzug des Portos an die Bewerber zurückzugeben.

— Schächtverbot und Landtag. Nicht weniger als sieben sächsische tierärztliche Vereine, ferner der Tierärztliche Landesverband im Königreich Sachsen und 21 sächsische Tierärztsvereine haben sich an die beiden Kammern des sächsischen Landtages gewendet und gebeten, die Ständekammer wolle die Staatsregierung ersuchen, die am 20. Dezember 1910 erlassene Verordnung über das Schlachten in ihrem § 6, in welchem das Schlachten nach jüdischem Ritus (Schächten) geregelt wird, wieder aufzuheben zu wollen. Begründend wird folgendes ausgeführt: In einer Eingabe an den Reichstag im November 1910 haben sich die Schlachthofstierärzte der Rheinprovinz gegen die mit dem Schächten verbundene Tierauserei gewendet, und der Verein Sächsischer Gemeindetierärzte hat im Anschluß hieran dem Reichstag und Bundesrat eine Erklärung übermittelt, wonach er sich am 5. Oktober 1910 ausdrücklich und einstimmig dieser Eingabe angeschlossen hat. Er erklärte hierbei, daß „in der Praxis das Schächten eine rohe und verrohende, durch das moderne Betäubungsverfahren längst überholte Schlachtmethode sei; die Humanität gebiete jedem gestitteten Menschen, der in der Frage sachverständig sei, mit aller Energie für die Beseitigung der Methode des Schächten einzutreten. Den Kampf gegen das Schächten aufgeben zu wollen, hieße einen Kulturfortschritt ersten Ranges preisgeben; man könne den deutschen Tierärzten, die in den Schlachthäusern ihr Leben hindringen müssen, nicht zumuten, tagein, tagaus vermeidbare Tierquälereien zu sehen.“ Auch der Verein preussischer Schlachthofstierärzte hat sich auf den gleichen Standpunkt gestellt und ferner haben von sächsischen tierärztlichen Vereinen, außer dem Verein Sächsischer Gemeindetierärzte gegen das Schächten Widerpruch erhoben: die tierärztlichen Vereine in den Amtshauptmannschaften Leipzig, Bautzen und Dresden, der Verein sächsischer Bezirksstierärzte, der Verein der praktischen Tierärzte im Königreich Sachsen und der tierärztliche Landesverband im Königreich Sachsen. Außerdem 78 einzelne Schlachthofdirektoren und Schlachthofstierärzte des Königreiches Sachsen. Auch die Laien, die sich das Schächten ansehen haben, sind ohne Unterschied der Parteistellung darüber einig, daß das Schächten eine außerordentliche Grausamkeit gegen die Tiere darstelle. Dies kam ganz besonders in der Sitzung der Dresdener Stadtverordneten vom 13. Juli 1911 zum Ausdruck. Einstimmig nahm das Kollegium einen eine Einschränkung des Schächten nach Leipziger Muster erstrebenden Antrag an; von den Rednern sämtlicher Parteien wurde übereinstimmend zum Ausdruck gebracht, daß man am liebsten ein volles Verbot des Schächten sehen würde, weil diese Schlachtmethode dem christlich-sittlichen Empfinden der Bevölkerung widerspreche. In gleicher Weise haben sich anlässlich einer das Schächten einschränkenden Schlachthofordnungsvorlage des Rates zu Leipzig die dortigen Stadtverordneten ausgesprochen. Daß die Bevölkerung des ganzen Landes ebenso denkt, wie die Stadtverordnetenkollegien der beiden größten Städte, darüber kann kein Zweifel obwalten.

— Förderung der Pferdeschlachtungen in Sachsen. Einer Anregung von Seiten der preussischen und bayerischen Staatsbahnverwaltungen zufolge werden gegenwärtig von der sächsischen Regierung Erörterungen darüber angestellt, ob es zweckdienlich sei, durch Erleichterung der Einfuhr von Schlachtpferden, durch Ermäßigung der Provisoren den Pferdeschlachtungen zu behen. Die Nachfrage nach Pferdeschlachtpferden, wie uns von sachverständiger Seite mitgeteilt wird